

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
Verlagsbuchhandlung  
Gottlingen-Zürich.  
Bestellungen  
franco gegen franco.  
Gemeinnützige Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelpost.

# Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

**Abonnements**  
werden bei allen schweizerischen  
Postbüreau, sowie beim Verlag  
aus besten bekannten Agenten  
entgegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Wirteljahrespreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Anzahlband)  
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvern)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Anzahlband)

**Inserate**  
Die dreispaltige Zeile  
25 Gts. — 30 Wg.

Nr. 6.

Donnerstag, 1. Februar.

1883.

Leis an die Abonnenten und Correspondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begn. verfolgt wird, und die dortigen  
Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglich zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns  
und unsere Zeitungen- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und  
dies ist die wichtigste Regel zu beachten, die wir hierüber über den wahren Abnehmer und Empfänger, sowie den Inhalt  
der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu sichern. Hauptforderung ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine un-erbötliche  
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß  
auch uns möglichst anderweitige Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich demgemäß größter  
Sicherheits-Restriktion. Social an uns liegt, werden wir gewiß weder Nähe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegen-  
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Rachtrag zu Oktober und November:  
Kassel 10,—, Deegl. 10,—, Halle 60,—, Berlin 12,20,  
Eisenburg 5,70, Potsdam 20,—, Rikberg (Sept.) 60,—, Deegl.  
(Okt.) 55,—, Ein Deutscher in Genf 120,—, 3-g Leipzig 2,—,  
E. Biala 15,—, D. H. Krauß 43,—, Braunschweig 2,50, Jentzen  
4,40, Grotzsch 3,—, D. H. 8,—, „Durch Kampf zum Sieg“ 20,—,  
Dezember: Von den Rothkrägen 13,—, Magdeburg 100,—,  
Frankfurt a. M. 50,—, Lüben i. Schl. 6,05, Potsdam 15,—, Ham-  
burg 300,—  
Nordhausen 11,35, Frankfurt a. O. 15,20, Ulm 6,—, Hannover  
18,—, Gotha 13,—, Brandenburg 10,—, Hamburg 133,90, Chemnitz  
15,—, Minden 50,—, Großenhain 4,—, Brandenburg 7,—, Eber-  
feld 22,08, Brandenburg 57,40, Dresden 52,—, Bötzen 5,—, Rous-  
dorf 20,—, Celle i. H. 14,—, St. Johann 8,15, Dortmund 32,30,  
Großenhain 33,—, Ederstraße 11,90, Buchholz i. Ergsb. d. B.  
13,50, Königseele 4,—, Görlitz 10,—, Rikberg (Nov.) 40,—, Br.  
150,—, Wpoda 22,70, Wittweida 60,—, Ungenannt 825,—  
In voriger Quittung sind für Wittweida irrthümlich nur 10,—  
quittirt, während es 20,— heißen muß.  
Durch ein Versehen wurde ein im August eingegangener Posten aus  
Hemelingen nicht quittirt; derselbe betrug 20,—.  
Ferner gingen ein bis Mitte Januar:  
Johannes B. 4,—, E. W. 3,240, Ungenannt in E. 5,40, Reichs-  
mannschaft Th. i. P. 3,60, Vom Kollegium Ehr (Fr. 1,50) 1,20,  
Genossen alten Schlages i. Hensburg 11,30, Aus Tönning d. F. 3,10,  
„Weihnachtsgeschenk“, gef. v. einigen Zigarrenarbeitern bei Stratton u.  
Storm, i. New-York, d. R. Carlson (Dl. 25,—) 101,36, Bern 15,—,  
„Die alten Tannen“ 1,—, Hpl. Ehr (Fr. 2,70) 2,16, D. E. B.  
Berlin 94,—, Genossen Fock, „Unsere Antwort auf die letzte Sozial-  
istenparole im Reichstag“ 100,—, J. S. Winona 3,68, Deutsche  
Soz. Winterkurs, gef. in der Erde in Wölling (Fr. 5,—) 4,—,  
S. Sch. in D. P. (Fr. 1,40) 1,12, Dr. B. in A. 4,—, Genossen in  
Cincinnati d. C. Schumann (Dl. 33,10) 134,08, J. S. P. 3,—, E.  
Dr. i. Antwerpen —56, J. J. in R. u. T. 11,—, Nr. 500: 1,—,  
S. B. L. (Fr. 6,25) 5,—, Die alte Garde 1,—, D. R. in A. —80,  
P. G. Grotzsch 5,—, Straßburg 20,—, D. Arb. Bld.-Berein  
Witbur (Weihnachtsgeschenk) (Fr. 10,—) 8,—, Rothkrägen u. Gen.  
a. d. C. 10,—, S. d. Sangestützigen d. D. Vereins Ehr (Fr. 2,75)  
2,20, Ulm 1,—, —40,—40 und —20,—, S. einem Freund der  
Sache 10,—  
Pariser Genossen (Fr. 5,—) 4,—, S. einer Spielgesellschaft in  
Paris (Fr. 2,25) 1,80, S. einer lustigen Gesellschaft d. Vertrieben in  
Paris (Fr. 11,10) 8,88, Parteigen. in London, Antheil am Reinertrag  
eines Konzertes (Fr. St. 1,19) 21,64, Oberrad 2,—, „Vergesst die  
Verfolgten und Gemäßigten nicht“ (Fr. 1,—) —80, D. Verein  
Zürich, Abendunterhaltung (Fr. 31,—) 24,80, R. u. Genossen St. Zuer  
(Fr. 8,10) 6,48, „Lodernde Flamme“ 1,—, Vom Kasser des Schweiz.  
deutschen Landesauschusses (Fr. 300,—) 240,—, Hiervon schon früher  
quittirt: Bern Fr. 12,—, Zug Fr. 16,40 = 22,72, E. M. J.  
(Fr. 1,—) —80, Oslau (Jahresabschluss 1882) 11,30, Oslau drei  
arme Tausch 3,50, J. R. E. Reuchatel (Fr. 2,—) 1,60, R. Meyer,  
Newport, „für nicht getrunkenes Bier“ (Dollars 1,75) 7,08, Ueber-  
schuß einer H. Gesellschaft in Newport (Dl. 5,—) 20,27, S. d. Sozial-  
isten der Südwestseite Chicago (Dl. 24,25) 98,24, S. Bufarell 2,—,  
Labs durch Piep (Fr. 3,—) 2,40, Die alten Tannen 4,—, Die alten  
Rebellen in G. 3,40, Genossen in Amsterdam (Fr. 12,—) 9,60, Genossen  
in Brüssel (Fr. 10,—) 8,—, Reutlingen 9,—, Genossen in Lüttich durch  
B. (Fr. 7,85) 6,28, Minis Lieber 3,20, Von den Gen. in Zehnig  
4,—, Von Gen. Sommerfeld 10,—  
Zusammen 2904. 54.

### Agitationsfonds.

Baden i. B. 10,10, „Weihnachtsgeschenk“, gef. v. d. Zigarren-  
arbeitern bei Stratton u. Storm, New-York, d. R. Carlson (Dl. 25,—)  
101,36, Prof. G. Sch. in R. 9,68, Wertens u. Sons Shop New-York  
d. Berggren (Dl. 20,—) 81,—, Pariser Genossen (Fr. 100,—) 80,—,  
Reclarius G. i. B. 2,—, Kopenhagen (Parteibeiträge und Rest von G.)  
(Fr. 4,80) 3,24, D. B. Lyon (Fr. 1,25) 1,—, Von einer Rechtsaberin  
(Fr. 1,—) —80, Lüttich durch B. (Parteibeiträge Fr. 1,30) 1,04,  
Zusammen 290. 12.

### Flugschriften-Fonds.

Deutsche Soz. Witur (Fr. 1,75) 1,40, Pariser Genossen (Fr. 5,—)  
4,—, Zusammen 5,40.

### Antheilsfonds-Quittung.

Lübeck 15,60, Jütten 20,—, Hensburg 24,—, Jychoe 16,—,  
Wittweida 32,—, Kassel 48,—, Hannover 80,—, Zürich 64,—,  
Onaida 8,—, Eberfeld 12,—, Reichenbach i. B. 20,—, Halle a. S.  
12,—, Leipzig 100,—, Paris 4,0,—, Olten 4,—, Chemnitz 48,—,  
Stuttgart 100,—, Berliner Genossen 150,—, Berliner Freunde 200,—,  
P. G. Hanau 40,—, P. Gen. Spremberg 20,—  
Vorige Quittung 1645,—  
Zusammen 2698. 60

## Parteienossen!

Wie schon in Nr. 35 des „Sozialdemokrat“ anlässlich der  
Mittheilung über die Verathung der Parteimitglieder in der  
Schweiz angedeutet wurde, ist die Veranlassung einer  
allgemeinen Parteiberathung  
für das Frühjahr in Aussicht genommen.

Wir richten nunmehr an Euch die Aufforderung, dieser Ange-  
legenheit ohne Zögern näher zu treten und Euch unter einander  
zu berathen, wie Ihr dieselbe beschicken wollt.

Allgemeinste und zahlreichste Betheiligung un-  
serer inner- und außerhalb Deutschlands leben-  
den Parteigenossen ist erwünscht und dringend  
notwendig.

Treiet also zusammen, berathet, wen Ihr als Euren Ver-  
trauensmann dazu senden wollt und — schafft Mittel.

Da das bekannte infame Gesetz uns nötigt, die Verathung  
im Ausland stattfinden zu lassen, wollt Ihr hiernach den nöthigen  
Aufwand bemessen. Ein Zeinopfer von mindestens acht Tagen  
inklusive Reise müßt Ihr für Eure Vertrauensleute in Rechnung  
stellen.

Wenn es sehr erwünscht ist, daß jeder einzelne Ort, in dem  
wir eine größere Zahl von Genossen haben, selbstständig vertreten  
ist, wird dies in Rücksicht auf die Kosten unmöglich sein. Allein  
die größeren Orte sind verpflichtet, das Opfer zu bringen  
und selbstständig einen Vertrauensmann zu schicken, die kleineren  
Orte und ärmeren Bezirke mögen zu gemeinsamer Verathung  
und Wahl zusammenziehen.

Parteienossen! Ein außerordentlicher Fall verlangt außer-  
ordentliche Mittel, das erwägt und richtet darnach Eure Opfer-  
willigkeit.

Da aber überall das Spießthum seine langen Ohren hin-  
hält, um seinen Patronen etwas denunzieren zu können, so  
rathen wir Euch Vorsicht und strenge Geheim-  
haltung der Namen Eurer Vertrauensleute an.  
Die Namen der letzteren wollt Ihr uns in der bekannten Weise  
und unter den bekannten Adressen sofort nach getroffener Wahl,  
spätestens aber bis Ende Februar anzeigen, worauf  
dann weitere Mittheilung erfolgt. Für letzteren Zweck ist  
genaue und sichere Adresse anzugeben.

Der gewählte Vertrauensmann muß eine von mindestens  
zwei uns bekannten Genossen unterschriebene Vollmacht als Aus-  
weis vorzeigen können.

Die vorläufige Tagesordnung für die Verathung werden wir  
in einigen Wochen mittheilen.

Parteienossen! Ruf und frisch ans Werk!  
Zürich, 25. Dezember 1882.

## Zur Beachtung.

Mehrseitige Anfragen, ob die zur allgemeinen Parteiberathung  
zu sendenden Vertrauensleute von Organisationen zu wählen  
sind, nöthigen uns zu folgender Antwort:

Da unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland geschlossene  
Organisationen, wo überhaupt solche bestehen, nur lokaler  
Natur sein können, die wir weder zu kennen, noch  
zu kontrolliren in der Lage sind, muß die Frage  
verneint werden.

Es ist Jeder willkommen, der nachweist, daß er im Namen  
einer größeren Anzahl für diesen Zweck zusammengetretener  
Parteigenossen zur Parteiberathung kommt. Der Ausweis wird  
verlangt, damit wir wissen, daß der Betreffende Parteimann ist  
und nicht auf eigene Faust kommt. Die gegenseitige Bekann-  
schaft der Zusammenkommenden wird dann dafür sorgen, daß  
kein räubiges Schaf unter die Heerde kommt.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

## Nach Dresden.

Parteienossen! Eure Polizei hat Euch — wahrscheinlich  
aus Mangel über ihren Reinsfall mit Spion Schmidt — die  
Sammlungen für Beschickung der allgemeinen Parteiberathung  
verboten. Dafür können wir Euch mit einer guten Nachricht  
bienen.

Am 29. Januar traf ein Brief aus Meissen bei uns ein,  
enthaltend einen Hundert-Mark-Schein mit der Bemerkung:

„Einliegende 100 Mark als Beitrag an die Dresdner  
Parteigenossen für Sendung eines Vertrauensmannes zur  
Parteiberathung.“

Ein Parteimann, der es entbehren kann.

Der Zufall will, daß ein begüterter Parteigenosse hier auf  
Besuch ist, der diesen Vorgang erzählt, er übergab uns sofort  
für den gleichen Zweck 50 Fr. (40 Mk.)

Die 140 Mk. stellen wir Euch zur Verfügung; erlauben uns  
aber einen Vorschlag. Ihr sammelt 140 Mk. für die Familien  
der Ausgewiesenen und sendet sie uns. Das kann Euch die

Polizei nicht verbieten. Ihr kommt so zu den Mitteln für  
einen Vertrauensmann, wir zu einem Beitrag für den Unter-  
stützungsfond, und die Polizei genießt das Nachsehen. Damit  
ist uns allen Dreien gefolgt. Probatum est!

## Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

## Was sich Berlin erzählt.

Wir haben bereits in voriger Nummer dem dahingefahrenen Prinzen  
Karl von Preußen einen wahrheitsgetreuen, wenn auch nicht gerade  
ehrenvollen Nachruf gewidmet. Beides läßt sich eben bei dieser edlen  
Sprossling des Stammes der Hohenzollern nicht vereinigen, und so fand  
denk, wie schon so oft, zwischen uns und der gesammten deutschen Ver-  
dammungspresse eine Arbeitsteilung dahin statt, daß wir es übernahmen,  
der Wahrheit die Ehre zu geben, und es jener überließen, Wahrheit  
und Ehre einem Prinzen zu Liebe preiszugeben.

Natürlich ist uns der Mensch an sich, der bei lebzeiten Prinz Karl  
von Preußen hieß, sehr gleichgültig, es würde uns also auch sein Tod  
nicht mehr kümmern, als z. B. der Tod des berühmtesten Einbrechers  
Böttcherlark, wenn es eben nicht der Prinz Karl gewesen wäre.  
Böttcherlark starb im Zuchthaus, Prinz Karl in seinem Palais; Böttcher-  
lark wurde ohne Sang und Klang eingescharrt, Prinz Karl erhielt ein  
pomphaftes Begräbniß mit allen militärischen Ehren — an der Spitze  
des Jugeschritts der „höchste Kriegsherr“, Kaiser Wilhelm, einher; über  
Böttcherlarks Tod war in Presse und Publikum nur eine Meinung zu  
hören, Prinz Karl's Tod wurde von der Presse betrauert, im Publikum,  
im Volke aber ist von Trauer keine Rede. In der Oeffentlichkeit  
muß dasselbe zwar angeichts der schändlichen Spionage- und Denunzianten-  
wirthschaft schweigen, im vertrauten Kreise aber, da sagt es Einer dem  
Anderen, was das preussische Volk an dem verstorbenen Prinzen „verloren“.  
Und nicht von Einer, nein von zehn verschiedenen Seiten gehen uns Zuschriften  
zu, in denen Leute, theils Parteigenossen, theils Fremde (Legiere er-  
muthigt durch Putzkamerads letzte Reichstagsrede — das hätten Sie wohl  
nicht gedacht, Ergellen?) uns Mittheilungen darüber machen, „was  
sich Berlin erzählt“ — vom Prinzen Karl natürlich. Und eine  
Zuschrift befähigt immer den Jubel der anderen.

Dies vorausgeschickt, wollen wir zunächst die von uns in voriger Nummer  
mitgetheilten Thatfachen auf Grund der obengedachten Zuschriften ergänzen.

Ueber die Motive, weshalb Prinz Karl seinen Kammerdiener erschog,  
erfahren wir jetzt Folgendes: Der Kammerdiener übertraf den Prinzen,  
als derselbe seine — des Kammerdieners — halberwachsene Tochter miß-  
brauchte. Er war so bornirt, daß nicht für eine ehrenvolle Herablassung  
zu halten, sondern machte dem Prinzen Bormärkte; der aber verstand  
keinen Spaß und — der Kammerdiener wurde fast, oder wie Böttcher-  
lark gesagt hätte, still gemacht. Die prinzipliche Heldenthat blieb indeß nicht  
geheim, und — ob von oben her in Umlauf gesetzt, oder ob nur ein  
Ergengniß der Volkspantasia, wollen wir dahin gestellt sein lassen, —  
im Volksmund hieß es, daß der Prinz auf Befehl des verstorbenen  
Königs einen hässlichen Strick um den Hals tragen mußte, da er ein  
todeswürdiges Verbrechen begangen hatte, ohne daß ihn der „irdische  
Richter“ deshalb an den Stragen lassen konnte. Natürlich hat Niemand  
den Strick um den Hals des Prinzen gesehen, wohl aber Viele den  
Berdienforden an einem Gemäldehandschuh.

Ferner erzählt sich Berlin von dem Prinzen: Ein Herr Lieberley  
hatte zwei reizende Töchter unter 16 Jahren; dieselben gefielen dem  
Prinzen Karl, der ihnen nachstellte und sie auch durch Geld, gute Worte,  
Lift und Gewalt verführte. Der betreffende Lieberley wollte nun  
aus diesem Verbrechen — pardon! aus diesem prinziplichen Vergnügen,  
Bortheil ziehen und bedrohte den Prinzen mit Denunziation bei der  
Oeffentlichkeit. Eine Anklage wegen Erpressungsversuch, einige Monate  
Gefängniß und dann Anstellung des Lieberley als Beamten — das  
war das Ende vom Liede.

Der Hauptkappler des Prinzen war der spätere Direktor des „Victoria-  
Theaters“, Herr Cers, ein in Künstlerkreisen wegen seiner Unwissenheit  
berühmter roher Patron, dessen einzige Beschäftigung eine Zeit  
lang war, „irisches Fleisch“ und „junges Gemüth“ für den Prinzen  
Karl einzukaufen. Als Lohn für diese Thätigkeit verschaffte Prinz Karl  
diesem brauchbaren Menschen die Konzession zum „Victoria-Theater“. Bedingung  
bei der Konzessionsverschaffung war, daß kein  
Balletmädchen an dem Theater auftreten durfte,  
bevor es vor dem Prinzen Revue passirt hatte. Bei  
solchen Gelegenheiten opferte der Prinz einen ganzen Taler, und hieß  
deshalb Jahre lang bei dem weiblichen Personal des „Victoria-Theaters“  
der „Taler-Prinz“.

Cers wurde später wegen seiner Verdienste um die — Kunst König-  
licher Kommissionsrath. Es ist dies ein Titel, von dem der  
verstorbene Minister Falkenberg einmal sagte: Wenn ein Lump so groß  
ist, daß man sich sogar schämt, ihn zu adeln, so ernannt man ihn in  
Preußen zum Kommissionsrath.

Berlin aber erzählt sich noch weit mehr: Der eingeweihte Vertraute  
des „Taler-Prinzen“ war der Geheimhofsath Webede. Der-  
selbe aber mißbrauchte das für ihn doch so schmeichelhafte Vertrauen in  
schamlicher Weise — er wollte pekuniären Bortheil daraus  
ziehen, anstatt sich mit dem durchsichtigsten, höchst ehrenvollen Danke zu  
begnügen. Das sollte für den Undankbaren verhängnisvoll werden; recht-  
zeitig aber gewarnt — der Warner soll der Schatten des gemordeten  
Kammerdieners gewesen sein — entloß Webede nach Zürich. Er hatte  
aber seine Rechnung ohne Stieber gemacht, der auch ein Vertrauter  
des Prinzen war. Stieber reiste nach Zürich, machte mit Webede unter  
einem fingierten Namen Bekanntschaft, veranlaßte denselben in „Geschäfts-  
sachen“ mit nach Basel zu reisen, vertiefte ihn, prominentend, in ein  
interessantes Gespräch auf dem Bahnhofs (es war vor der Grenzregu-  
lirung), und da das Bahnhofsterrain zum Theil in der Schweiz, zum  
Theil in Baden lag, so gelang es dem Stieber, den Arglosen auf



badisches Gebiet zu verschleppen, wo er von preussischen Häschern ergriffen wurde.

Wedecke — nicht der Prinz — wurde in Berlin wegen Sittlichkeitsvergehen angeklagt und in geheimer Sitzung, in welcher nicht einmal nichtfungierende Richter zugelassen wurden, zu Gefängnis verurtheilt. Niemand ist das Urtheil publizirt worden. Nach einigen Tagen fand man Wedecke, unter Umständen, die den Selbstmord ausschlossen, im Gefängnis aufgehängt. Der Mann mußte zu viel. Diese Sachen passirten in den 40er und 50er Jahren.

Anfangs der sechziger Jahre wußten Berliner Zeitungen von einem Kaufmann zu berichten, der wegen Mißbrauch eines minderjährigen Mädchens angeklagt war und sich zum Beweise seiner Unschuld oder vielmehr dafür, daß das Mädchen nicht mehr unschuldig gewesen sei, auf das Zeugniß „eines Prinzen des königlichen Hauses berief.“ Ueber den Ausgang des Prozesses verlaublich nichts weiter. Er wurde niedergeschlagen.

Bezüglich der in voriger Nummer erwähnten Jagd des Prinzen auf Konfirmantinnen, namentlich der in der Nähe seines Palais gelegenen Dreifaltigkeitskirche, waren die betreffenden Prediger durchaus nicht im Unklaren, und schloßen sich die christlichen unter ihnen sehr erbittert darüber geküßelt haben. Aber ihr Jörn war ohnmächtig, denn die Obrigkeit ist von Gott.

Berlin weiß noch Manches vom Prinzen Karl zu erzählen, indeß das Vorausgeschickte mag genügen. Das Gesamturtheil über den Prinzen faßt das Berliner Volk in folgende Worte zusammen: „Es gibt keinen Paragraphen des Strafgesetzbuches, welchen derselbe noch nicht verletzt hat.“

Dieses Urtheil ist ungerecht. Wir wissen nämlich aus sicherer Quelle, daß Prinz Karl weder silberne Köpfe gekostet, noch Beschel gefälscht hat — er hatte das freilich nicht nötig. Ueberhaupt enthalten die von uns mitgetheilten Erzählungen Berlin's keine für einen Prinzen strafbare Handlung. Wäre Prinz Karl bürgerlich geboren — ja Bauer, das wäre dann allerdings etwas anderes!

Wäre Prinz Karl bürgerlich geboren! — Wir haben in voriger Nummer die Antwort mitgeteilt, welche Friedrich Wilhelm IV. selbst auf diese Frage gab:

„Wären wir bürgerlich geboren, so würde ich wahrscheinlich Künstler, mein Bruder Wilhelm Unteroffizier geworden sein, Karl aber wäre wahrscheinlich im Zucht-Hause geblieben.“

Und mit diesem königlichen Ausspruch, der zugleich eine vortreffliche Kritik des monarchischen Systems enthält, wollen wir unsern Artikel schließen. Er sagte eben in knappen Worten alles zusammen, was sich Berlin vom Prinzen Karl erzählt.

## Die Sozialdemokratie und die Ausnahme-Gesetze.

Aus der Rede Liebknecht's vom 11. Januar 1883.

(Dem stenographischen Bericht entnommen.)

(Schluß.)

Da kommen denn zunächst die gegen die katholische Kirche gerichteten Ausnahme-Gesetze. Meine Herren, in dieser Beziehung habe ich prinzipiell nichts weiter anzuführen; was prinzipiell gegen ein Ausnahme-Gesetz zu sagen ist, ist auch gegen das andere zu sagen. Ueberdies hat, als dasjenige unter den Gesetzen gegen die katholische Kirche, welches dem Unverstand wohl am sympathischsten war, das Gesetz gegen die Jesuiten, im Jahre 1874, wo es im Reichstag zur Berathung kam, unser Freund Wedeck dieses Gesetz in einer sehr eingehenden Rede bekämpft, welche den Standpunkt unserer Partei gegenüber allen Ausnahme-Gesetzen und selbstverständlich auch den die katholische Kirche betreffenden zu vollem Ausdruck bringt. Damals schon erklärte unsere Partei durch den Mund ihres Sprechers auf der Rednerbühne des Reichstages, daß wir prinzipiell jedes Ausnahme-Gesetz verurtheilen, und daß wir auch für die katholische Kirche die vollkommenste Freiheit wollen, wenn wir auch nicht auf denselben Standpunkt stehen, wie die katholische Kirche, ja überhaupt einen kirchlichen Standpunkt nicht annehmen und der Ansicht sind, daß der Staat seinen religiösen Charakter haben soll.

Und nun zu den Jesuiten. Ich für meinen Theil bin Protestant von Geburt, und auch nicht katholisch geworden, aber ich gestehe, daß ich die Angst nicht begreife, die in gewissen Kreisen vor dem Jesuitismus besteht. Ich habe die Geschichte des Jesuitenordens studirt, und dabei bin ich häufig geradezu mit Bewunderung erfüllt worden durch das, was dieser Orden geleistet hat, durch die gewaltigen Taten, wenn auch meiner Ansicht nach auf falsche Ziele gerichtet, durch die wahrhaft großartige Organisation des Ordens, und durch die Selbstlosigkeit der Mitglieder. Ich muß gestehen, was das geistige Leben betrifft, so habe ich bei den Jesuiten nicht weniger Wissenschaftler gefunden, als z. B. im Protestantismus, und selbst in solchen protestantischen Kreisen, die noch obendrein sehr mit ihrer Freisinnigkeit kokettiren. Aber, meine Herren, glauben Sie nicht, daß ich ein Anhänger der Jesuiten bin; ich will im Gegentheil den Jesuitismus ausschalten, ich will noch viel mehr ausschalten als den Jesuitismus, aber die Religion und die religiösen Ideen kann man nicht mit Gewalt, nicht durch Ausnahme-Gesetze beseitigen, da muß das Volk erzogen werden, das ist Sache der Schule.

Jeder Gedanke — und sei er noch so falsch —, der gewaltsam bekämpft wird, gegen den man mit brutalen Machtmitteln losgeht, ist stärker als die stärkste Faust, jeder Gedanke — die Weltgeschichte zeigt das in Tausenden von Beispielen —, den man gewaltsam zu vernichten vermag, stärkt sich durch die Verfolgung, ihn zu unterdrücken. Die falschen Ideen, die Utopien zeigen sich erst in ihrer Falschheit und Utopisiererei durch die Praxis, die Praxis ist der Prüfstein dafür, ob eine Idee richtig oder falsch ist.

Das haben wir an einem großen Beispiele gesehen, das mich eigentlich in dieser Beziehung zum ersten Male — ich will es sagen — kug gemacht hat, in den Kämpfen der französischen Revolution gegen die katholische Kirche. Ich habe mich Jahrzehnte lang eifrig mit dem Studium der französischen Revolutionsgeschichte beschäftigt. So lange ich jung war, gedachte ich zu denjenigen, welche glauben, man könne vermittelt energischer Maßregeln mit der Kirche leicht fertig werden, da lernte ich aber aus der Geschichte der französischen Revolution, wie von dem Moment an, wo die revolutionäre Regierung anfing, den Katholiken in das Gewissen einzugreifen, ihr religiöses Gefühl zu verletzen, der Widerstand gegen die Revolution zunahm, wie die Vendée geschaffen wurde, wie trotz der titanischen Gewaltanstrengungen der Republik, welche obendrein die modernen Ideen in ihrem Dienste hatte, es doch vollständig unmöglich gewesen ist, der katholischen Kirche, des Katholizismus Herr zu werden. Die „höllischen Reliquien“ des Konvents, die „Wahngas“ rogen durch die Vendée sengend und brennend. An der Spitze ihrer Bajonnette trugen sie die Ideen der Revolution, wurden vernichtet, sie rotteten die Gegner aus, und was haben sie ausgerichtet? Tausende und Tausende von eingekerkerten Hülfern schickten ihren Rauch zum Himmel, die Vendée war war fast erstickt, und als der Beteiligungsstreik scheinbar siegreich beendet war, da waren die Vendée wieder da, die katholische Kirche stand aufrecht — sie war unbefügt. Kurz, mit der Scherbe des Schwertes, mit Polizeiwaffen, selbst wenn hinter ihnen die großartigen Ideen der französischen Revolution stehen, kann man gegen Ideen, auch wenn diese Ideen falsch sind, nichts ausrichten, geschweige denn, wenn die Ideen des Junker- und Polizeistaates, die doch wahrhaftig keine modernen Kulturideen sind, und gewiß nicht im Stande sind, irgend Jemand zu befragen und irgend Jemanden einen Glauben zu erzeugen, dann stehen wir voran also ebenso die Aufhebung der verabschiedeten Gesetze gegen die katholische Kirche als wie die Aufhebung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie.

Ein drittes Gesetz, dessen Aufhebung wir beantragen, ist der sogenannte Dittaurparagraf, welcher Elsaß-Lothringen

betrifft. Dieser Paragraph ist ein Ausnahme-Gesetz im schlimmsten Sinne des Wortes.

Bereits im Jahre 1870, als die Frage der Annexion von Elsaß-Lothringen uns im norddeutschen Reichstag beschäftigte, habe ich mit meinen Parteigenossen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestirt. Ich sagte damals, die Annexion von Elsaß-Lothringen sei nicht bloß ein Verbrechen an der Humanität, ein Verbrechen am Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern sie sei auch ein großer politischer Fehler; und ich führte aus, daß das annectirte Elsaß-Lothringen ein Pfahl im Fleische Europas sein werde, daß in Frankreich die Nebenschilde erwachen müßte, daß eine Ausöhnung zwischen Deutschland und Frankreich auf lange, lange Zeit hin unmöglich gemacht, und daß Frankreich geradezu genöthigt werde, sich mit Rußland zu alliren, und daß das Gespenst der russisch-französischen Allianz uns nicht werde zur Ruhe kommen lassen. Damals wurde ich hier im Hause und zwar auf der linken so gut wie auf der rechten Seite angepöbel. Nun, meine Herren, jetzt haben Sie das offizielle und offizielle Geständniß, daß die Situation in Europa in den letzten Jahren durch die Befürchtung eines russisch-französischen Bündnisses beherrscht worden ist.

Ich bin der festen Überzeugung, daß der Tag, an dem Elsaß-Lothringen — ich will nicht sagen an Frankreich — zurückgegeben wird; denn die Franzosen haben eben so wenig ein Recht, ein Land zu besitzen, die Autonomie der Bevölkerung anzutasten, als wir — ich bin überzeugt, daß der Tag, an welchem dieser Pfahl nicht mehr im Fleische Europas ist, der Tag, an welchem das Prinzip der Autonomie der Nationen zur Anerkennung gelangt, ein Tag des Segens sein wird für Deutschland und für Europa.

(Bravo!)

Da kommt von Zeit zu Zeit so etwas, was man einen „kalten Wasserstrahl“ nennt, „Kriegsrisiko-Artikel“, wie wir sie z. B. erst neulich erlebt haben, wo plötzlich, während Deutschland gerade daran war, nachdem die Krisis so lange gedauert hat, endlich einmal in Frieden ein gutes Weihnachtsgeschäft zu machen, — wo dann plötzlich so ein kalter Wasserstrahl kam, zwar nicht nach Paris und Petersburg, wo man über diese Rindereien sehr gelacht haben wird, aber auf die deutsche Geschäftswelt, Rindereien? nein, Vöbereien, um den richtigen Ausdruck zu gebrauchen! Missionen und Missionen sind durch diese Hejratikel dem deutschen Volke verloren gegangen; und wie viel gewisse Personen durch diese vollständig unbegründeten, geradezu frechen Artikel an der Börse gewonnen haben, das weiß ich nicht, aber der eine oder andere wird vielleicht näheres darüber sagen können.

Die Herren, die diese Kriegsrisiko-Artikel periodisch verbreiten lassen — das ist vielleicht das zehnte oder zwölfte Mal — und die außerdem zu den Springen eines gewissen Hespredigers, zu der antisemitischen Bewegung u. s. w., in einer Art von Patronatsverhältniß stehen, haben meiner Ansicht nach tausendmal mehr Unruhe in der Bevölkerung erzeugt als diejenigen, gegen welche die Ausnahme-Gesetze gerichtet sind.

Man spricht von „schneidiger Handhabung“. Gut, dann sei man schneidig gegen die wahren Antisemiten. Wir haben aber nicht gehört, daß man gegen sie eingeschritten ist. Und hier mache ich Sie auf eins aufmerksam: wann ist die antisemitische Bewegung entstanden? In dem Moment, wo die sozialdemokratische Bewegung unterdrückt wurde. Die ganze antisemitische Bewegung, die eine Schmach für unser Jahrhundert, mag sie in pläffischer Weise noch so mit christlichem Oel übergoßen werden, diese Bewegung ist erst möglich geworden unter dem Schutze des Ausnahme-Gesetzes! Da haben Sie noch eine Frucht des Ausnahme-Gesetzes! Die freiheitliche Bewegung, die gesellschaftliche Reformbewegung machen Sie unmöglich, und diese Mißgriffe werden begibt und gepflegt. Ein Moment der Freiheit — und dieser abentheuerliche Unfug wird durch die fäthliche Entrüstung des Volkes von der Oberfläche weggewischt!

Wie schon gesagt, wir stellen uns auf das prinzipielle Gebiet. Das Prinzip ist untheilbar! Der Antrag bleibt so, wie er ist. Derjenige, welcher vielleicht gern für die Abschaffung des einen Ausnahme-Gesetzes stimmen möchte, aber sich scheut, für die Abschaffung eines anderen Gesetzes, z. B. des Jesuitengesetzes, zu stimmen, derjenige, der vielleicht gern für die Abschaffung des Jesuitengesetzes stimmen möchte, aber nicht für die des Sozialistengesetzes stimmen will, wird durch seine Abstimmung gegen den Antrag einfach zeigen, daß er nicht auf dem Boden des Prinzips der Gerechtigkeit, des gleichen Rechts für alle steht.

Man wird möglicherweise der Abstimmung auszuweichen suchen, man wird sagen, es ist keine passende Gelegenheit zu einem Votum des Reichstages. Nun, meine Herren, qui s'excuse, s'accuse, wer sich entschuldiget, zeigt, daß er nicht für den Antrag ist; wer sich der Abstimmung entzückt, simul auch! Wir wollen, daß Farbe bekannt wird, und wer sich vor dem Farbebleuen scheut und sich drückt — um den Ausdruck zu gebrauchen — befindet dadurch genügend seine Stellung zu diesem Antrag und zu dem darin enthaltenen Prinzip.

In Deutschland, das auch ich allerdings sagen, ist der Haß, der durch das Sozialistengesetz erweckt worden ist, in mancher Beziehung noch tiefer als der Haß, der in Frankreich durch die Vertheilung der Kommune erzeugt worden ist. Es ist eine Thatsache, daß beständige Abtheilung, beständige Körpergeien, systematische Verfolgungen, die sich über einen langen Zeitraum fortsetzen, mehr erbittern, mehr Empörung erzeugen, als die Äthen nach einem heißen Kampf in der Leidenschaft verübten Grausamkeiten. Solche Grausamkeiten können weit eher verziehen werden als systematische Verfolgungen, denen, wie es in Deutschland der Fall, kein die Leidenschaft entzessender Kampf vorausgegangen ist, die methodisch, in aller Ruhe und mit dem vollkommensten Bewußtsein, daß es sich gar nicht um eine Gefahr für die Gesellschaft handelt, betrieben, wenn Christen zectreten, Tausende und Hunderttausende getödtet, gehetzt — kurz, so behandelt werden, als ob sie keine Menschen wären, sondern wilde gemeinlichliche Thiere. Das erzeugt allerdings einen furchtbaren Haß.

Die Provinzial-Korrespondenz, ein Organ der Regierung, hat einmal gegentüßlich der Reformgesetzgebung von dem Fürsten Reichstanzler gesagt: Der Reichstanzler kann nicht warten. Das mag sein: er rechnet vielleicht bloß mit der Dauer seines Lebens. Wir können aber warten. Wir können es aushalten. Wenn Sie noch Tausend Schachzüge gegen uns haben, so haben wir noch Tausend und einen gegen Sie. Wir werden mit Ihnen fertig. Die Taktik wird bei fortwährendem Kampf sich allmählich verändern, die Vertheilung unseres Schwerpunktes nach links wird weitergehen, — aber die Partei als solche wird durch keine Maßregel, die Sie gegen uns ergreifen können, in ihrer Existenz geschädigt, in ihrem Bestande erschüttert werden; und Jeder von uns weiß, daß wir siegen werden. Die Räuber der Geschichte mögen zwar mitunter langsam, aber sie malen sicher. In Frankreich haben wir das zweite Kaiserreich gehabt. Es wurde geboren mit dem Verbrechen des Staatsstreiches vom Dezember. Tausende von Bürgern, die das Gesetz gegen die Gewaltthat von oben vertheilt haben, sind in's Exil geschickt, zu Grunde gerichtet worden. Nun, meine Herren, das Kaiserreich ist gefallen und die französische Republik europäisch in diesem Augenblicke die Opfer des französischen Kaiserreichs. Diese Thatsache zeigt Ihnen recht deutlich die Remesse in der Geschichte. Wer nach dem Staatsstreich von 1851 vorausgesetzt hätte: die Volksovertretung wird ein beschließen, daß die Opfer dieses schmachvollen Verbrechens, der Vergewaltigung von oben, durch den Staat Entschädigung erhalten müssen, dem hätte man vielleicht mit ebenso unglücklichem Achten zuvörderst, wie die meisten von Ihnen mir zudrehen werden, wenn ich sage: die Zeit wird kommen — wir sind dessen gewiß —, wo die deutsche Volksovertretung den Beschluß fassen wird, daß die Urheber des Sozialistengesetzes mit ihrer Person und ihrem Vermögen für das ungeheure Unrecht und für den ungeheuren Schaden, für alle die Frevel, die sie veranlaßt haben und die in ihrem Namen verübt worden sind, haftbar gemacht werden. Nicht Andere sollen haftbar gemacht werden; nicht, wie man in Frankreich gethan hat, soll der Staat die Entschädigung bezahlen, denn das hieße nur, daß das Volk selbst für den Frevel, der am Volke verübt worden ist, aufzukommen hätte. Man muß sich an die Schuldigen halten, und Sie können übergangslos, in Deutschland wird das Rechtsgesetz der Nation verlangen, daß diejenigen für die Folgen auf-

zukommen haben, welche für die schuldwürdige Maßregel verantwortlich sind. Und nun, meine Herren, wählen Sie!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Wenn ich den Herrn Redner — dem ich übrigens die weitesten Schranken gelassen habe — recht verstand, so bezeichnet er soeben ein gegenwärtig geltendes Gesetz als eine „schuldwürdige Maßregel“. Diesen Ausdruck kann ich nicht passiren lassen. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Liebknecht deswegen zur Ordnung.

(Bravo!)

## Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 1. Februar 1883.

Aus dem deutschen Reichstage. Die Spezialberathung des Reichstages ist von unseren Genossen im Reichstage mehrfach benutzt worden, an verschiedenen „Reichsinstitutionen“ (scharfe Kritik zu ihnen).

Sehr schnell ging am 22. Januar Sollmar gegen die Mißhandlung der Soldaten durch höhere und niedere Vorgesetzten vor. Nach Konstatirung unseres prinzipiellen Standpunktes — „jeder Bürger Soldat und deswegen jeder Soldat Bürger“ — den er dem heutigen Zustand, wo die Soldaten, die sogenannten „Gemeinen“ als Proletarier des Staates erscheinen, entgegenstellte, sagte Sollmar:

„Wenn ich und meine Partei unter den heutigen Umständen auf das Militärbudget Einspruch hätten, so würden wir beifalls die ganze Geld- und Naturalversorgung der Truppen bei Weitem erhöhen, selbstverständlich mit den nötigen Abzügen nach oben hin. Ich glaube, wenn man bei den Geschäften der Herren vom Major an aufwärts gebrüg den Rothfist handhabt, würde Geld genug übrig bleiben, um den Soldaten eine wesentlich bessere Stellung zu geben, als sie gegenwärtig haben.“

Dann bei Besprechung des Kapitels vom „höheren Ehrgefühle“:

„Ich meine nun aber, wenn ein Stand so überaus empfindlich ist im „Ehrenpunkt“, so sollte man doch billig annehmen müssen, daß derselbe eine Handlung, welche ich als die insamste betrachte, die ich überhaupt kenne, nämlich die Mißhandlung eines Menschen, der sich nicht wehren kann — unbedingt nicht als eine ehrenhafte betrachten würde;“

(sehr richtig!)

ich habe aber noch nicht gehört, daß irgend eines der Offizierkorps, von denen man so oft hört, daß sie mit dem Oberstmann wegen oft geringer Verhöfde nicht mehr zusammen dienen zu können erklären, — ich habe, sage ich, nicht gehört, daß ein Offizierkorps erklärt hätte: Wir dienen nicht mehr zusammen mit einem Menschen, der die Familie beging, einen wehrlosen Menschen zu mißhandeln.

Nun wurde vorher von dem Herrn Kriegsminister erklärt, daß das verfassungsmäßige Reichsoberhaupt sich fortlaufend Bericht erhalten lasse über die Strafen, welche für Soldatenmißhandlungen ergehen, und Herr von Rameke glaubte in diesem Umfange einen großen Schatz zu erblicken. Ich muß jedoch Herrn Richter darin beipflichten, daß in dieser Berichtserstattung keinerlei ernste Garantie liegt.“

Sollmar schloß mit folgenden Worten:

„Man spricht so viel von dem hohen Beruf der Vertheidigung des Vaterlandes, von unseren Heldenjungen, von dem Stolz, der den jungen Deutschen beselen soll, in das Heer einzutreten u. s. f. Wenn man aber so spricht, dann sollte man doch alles Mögliche thun, damit nicht an die Stelle dieser Gefühle die Furcht tritt, welche diesen — wie Sie meinen — Stolz nicht aufkommen läßt und verhindern muß, daß die jungen Leute eintreten mit dem Bewußtsein, ihre Dienste dem Vaterlande zu weihen. Wenn die Refuten aber von ihren Vorgängern erfahren, in welcher Weise der „Vertheidiger des Vaterlandes“ getrißt und diszipliniert wird, dann kann wahrhaftig von dem verlangten „hüthlichen Bewußtsein“ nicht allzuviel vorhanden sein.“

Für mich sind die Soldaten Angehörige des Volkes, auch wenn sie augenblicklich ein anderes Kleid tragen und in der Kaserne wohnen, und als Angehöriger der Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Partei, halte ich daran, wie für alle Untervrüdten, so auch für die Söhne des Volkes einzutreten. Ich weiß wohl, daß man denselben systematisch ein Bewußtsein zu geben sucht, was dem Volke entgegensteht, daß man in ihnen einen Begehr großzuziehen sucht, der sie aus dem Volke heraushebt und sie zu einem Körper macht, welcher dem Volke in seinen Vertheilungen feindlich gegenübersteht. Das kann mich aber nicht abhalten, diesen Söhnen des Volkes meine Sympathie zu beweisen.

Und damit mir nicht wieder entgegengehalten wird — wie es schon wiederholt, namentlich vom Herrn Dr. Windthorst, geschehen ist — daß meine Partei sehr häufig die Sache, welche sie vertheidigen will, verwerde dadurch, daß sie in gebührender Weise vorgehe, so kann ich nur erklären, daß es mich freuen sollte, wenn Sie die Waffen, welche uns und Beschwerdenpunkte, wie die von mir angeregten, gegen Sie geben, in Zukunft aus den Händen würden würden dadurch, daß Sie den Angehörigen des Volkes, die kraft ihrer gesellschaftlichen Zwangsverpflichtung in das Heer eingereicht sind, eine bessere, menschenwürdiger Behandlung schaffen, als ihnen bisher leider sehr häufig zu Theil geworden ist.“

Dem feudalen Herrn von Ralshahn-Güly, der sich über die Bezeichnung: „Das verfassungsmäßige Reichsoberhaupt“ sehr entrüstet gelähert hatte und außerdem die Selbstmorde in der Armee uns in die Schuhe schieben wollte, weil wir „den Glauben an den lebendigen Gott den Menschen nehmen“, antwortete Sollmar sehr gut:

„Der Herr Abgeordnete v. Ralshahn-Güly hat mir insinuirt, daß ich die Bezeichnung „Gemeine“ für die Soldaten in einem gewissen verächtlichen Sinne gebraucht hätte. Das ist selbstverständlich durchaus nicht der der Fall. Wenn man in dem erwähnten Wort einen solchen schimpflichen Sinn entdecken zu können glaubt, so sollte man eben den Soldaten einen anderen Namen geben. Solange aber der ordnungsmäßige Ausdruck „Gemeiner“ ist, muß auch ich denselben gebrauchen können.“

Zum zweiten hat der Herr Abgeordnete von Ralshahn-Güly bemängelt, daß ich den Ausdruck — wie er sagte, das Reutrum — „verfassungsmäßiges Reichsoberhaupt“ gebraucht habe. Dieser Ausdruck ist vollständig parlamentarisch zulässig; er bezeichnet eine Person, bzw. eine Institution, welche nach der Verfassung „Oberhaupt des Reiches“ ist. Ich kann mir nicht das Recht nehmen lassen, diese Person oder Institution so zu nennen, wie ich es für gut halte, glaube übrigens auch nicht, daß dieselbe durch die Bezeichnung „Reutrum“ eine besondere Erhebung erfahren habe.

Drittens hat der Herr Abgeordnete v. Ralshahn-Güly behauptet, daß gerade ich und meine Partei dadurch, daß wir „den Menschen den Gott rauben“ zur Steigerung der Selbstmorde im Allgemeinen und der Selbstmorde in der Armee ganz besonders beitragen. Ich beweise, ob es sehr angebracht war, Decretiges herinzuziehen, denn ich kann ihm darauf zurückgehen, daß nicht wenig Selbstmorde gerade aus religiösem Wahnsinn entstehen. Uebrigens lese ich in der Bemerkung des Herrn Abgeordneten v. Ralshahn-Güly nur eine Verstilligung des alten Sages, daß man gerne Sünden bekannter Personen auf eine bestiebige unbekannte Größe abzuwälzen sucht.“

Zum Marine-Etat brachte Bloß eine ganze Anzahl Beschwerden gegen das arbeiterfeindliche Verhalten der Werkdirektion in Wilhelmshaven vor, die z. B. Arbeiter von über 40 Jahren nicht einstellt, ganz unerhört niedrige Löhne zahlt, ihre Arbeiter politisch schuldig, kurz ein wenig einladendes Bild der Bismarck'schen „Sozialreform“ darbietet. „Es bilden diese Einrichtungen“ sagte Bloß, „die Reichsreife der Medaille zu den hüßlichen Verprechungen und schönen Schlagworten, die wir mehrfach von den Sätzen der Minister zu hören bekommen haben; allein das kann ich Sie versichern, das „arbeitende Volk“, wie sich jetzt der Herr Minister von Puttkamer auszudrücken pflegt, sieht sich eben wenig verpflichtet, sich seine politische Gefinnung vorschreiben zu lassen, wie die Angehörigen aller anderen Volksschichten.“

Der Justizetat gab Sollmar Gelegenheit, mit dem biederem Reichsgericht eine kleine Abrechnung zu pflegen, indem er dessen Verhalten bei den bekannten Hochverrathsprozessen gebührend brand-



warke. Namentlich die Verurteilungen politischer Verbrecher zu Zuchthaus  
sanden ihre passende Kritik.

Wir entnehmen dieser Rede zwei Stellen:

„Nun frage ich: wohin sollen solche Grundzüge führen? Und ich frage  
weiter: glauben Sie, daß Sie durch solche Dinge den „Geist der Ge-  
schichtlichkeit“ im Volke bedeutend fördern werden? Jedenfalls steht das  
Eure fest, für mich wenigstens: wenn die Richter der früheren oder  
späteren Prozesse, wenn das Reichsgericht glaubt, daß es einen politischen  
Angeklagten, einen Mann, dessen Vergehen ein Meinungsvergehen ist,  
das geradezu aus der Ehrlichkeit und der Selbstlosigkeit  
fließt, wegen der schlechtesten Wahl seiner Mittel durch die  
Verurteilung zum Zuchthaus und die Stellung unter Polizeiaufsicht seine  
Ehre nehmen könne — wenigstens bei uns Sozialdemokraten  
schreit es abfolotisch fehl, da erreicht es gerade das  
Gegenteil. Selbst Leute, die nicht zu uns gehören, in Bezug auf  
die sich jeder Sozialdemokrat sagt, daß ihre Mittel ungeschickt sind und  
auf die von ihnen gewählte Weise nicht zu erreichen sei — selbst solchen  
Leuten wendet sich unsere Sympathie zu, bloß deswegen, weil sie ver-  
urteilt, stigmatisiert, bestraft worden sind ihrer politischen Meinung  
wegen! Der Verurteilte verliert durch derartige Ur-  
theile die Ehre nicht!“

„Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat uns mit dem  
Patrios, das ihn so schön leidet, vor einiger Zeit erklärt, „daß wir der  
Justiz Respekt schuldig sind. Meine Herren, Personen und Insti-  
tutionen, welche Respekt genießen wollen, müssen  
sich selbst Respekt verschaffen! Wenn aber in Prozessen, wie  
in dem Ihnen vorher charakterisierten Hochverratsprozeß gesehen ist,  
ein solcher Grund von Inzornität vor das Forum des Gerichts kommt;  
wenn nach den Worten des Beschuldigten Lenard mit der Justiz in diesen  
Prozessen geradezu Komödie getrieben worden ist; und wenn dann ein  
Gericht den Schlichter, welcher über diesen Dingen ruht, nicht jertreibt,  
sondern geradezu sein Siegel darauf drückt: dann bin ich allerdings der  
Meinung, daß das nicht geeignet ist, Respekt einzulösen!“

Jedoch daß das Vorgeführte vollkommen zu dem System, das wir  
gegenwärtig haben. Dies ist treffend charakterisiert worden durch die Worte,  
welche Herr von Pottkammer im vorigen Jahre ausgesprochen hat: daß  
nämlich derartige Mittel, wie wir sie durch die Polizei u. s. w. ange-  
wendet gesehen haben, Provokation, Spionage und dergleichen mehr —  
nötig gewesen seien, solange zivilisierte Staaten existieren. Meine  
Herren, nicht in den zivilisierten, wohl aber in allen  
despotischen Staaten sind solche Mittel allerdings immer noch  
wendig gewesen. Aber die despotischen Staaten sind auch durch  
derartige Mittel niemals gerettet worden. Um nicht zu weit zurückzu-  
greifen, brauche ich Ihnen bloß zwei Namen in's Gedächtnis zu rufen:  
denken Sie an die Regierung Louis Philipp's und an die Napoleon's III.  
Sind sie durch ähnliche Mittel gerettet worden? Nein! Und wenn man  
bei uns so fortfährt, so wird man ...

(Worte des Präsidenten)

... auch unserer herrschenden Staats- und Gesellschaftssystem wird durch  
derlei Mittel nicht von seinem Sturz errettet werden!

Vizepräsident Freiherr von Franckenstein: Ich muß den Redner  
unterbrechen, er hat sich vom Gegenstand der Debatte entfernt.

Bollmar: Ich bin auch zu Ende.“

Und dem Herrn Karl Braun, der war die Spionagewirtschaft  
u. s. w. sehr drastisch geschildert, aber das Reichsgericht selbst reinzu-  
waschen gesucht hatte, sowie dem ultramontanen Fräulein Windthorst  
antwortete Bollmar in einer Replik:

„Der Herr Abgeordnete Windthorst hat mir zum Vorwurf gemacht,  
daß mein Vortrag ein „einseitiger“ gewesen sei. Wenn ich mit diesem  
Vortrag wie bei allen anderen streng von dem Standpunkte meiner  
Grundsätze ausgegangen bin, so kann ich dem Vorwurf natürlich nicht  
entgegenzutreten; kann ihm auch sagen, daß wir für alle Zukunft nicht  
auf eine Vielfachigkeit reflektieren, wie wir sie in der  
neueren Zeit namentlich beim Zentrum bewundern.“

Weiter hat Herr Braun dem dazugehörigen Obertribunal etwas  
spät ein Denkmal gesetzt. Ich habe hierauf nicht weiter eingegangen und  
auch nichts dagegen zu sagen, wenn Herr Braun das Ober-  
tribunal in Schutz nimmt vor einem Vergleich mit dem Reichs-  
gericht.

Wenn dann weiter gesagt wurde, daß das Reichsgericht in seinem  
Erkenntnis in dem ersten großen Hochverratsprozeß sich nicht habe  
bipieren lassen von den Polizeimethoden, so habe ich zunächst nicht  
das Gegenteil behauptet. Ich freue mich indessen, daß die Thatfache  
konstatirt worden ist, denn ich kann natürlich von meinem Standpunkte  
nur die Schlussfolgerung daran knüpfen, daß sein Verhalten  
dann um so schlimmer ist.“

Beim Reichseisenbahnamt trat in sehr energischer Weise  
Kaiser für die unteren Eisenbahnbeamten ein und protestirte dagegen,  
daß man die großen Eisenbahnbediensteten diese abzuwaschen suche,  
anstatt die Schuldigen da zu suchen, wo sie sich in Wahrheit befinden,  
namentlich bei den Herren, welche die niederen Beamtenproletarier mit  
Arbeiten überbürden. Auch verschiedene Schlagworte der Konfessionen  
wie Liberalen, die Sonntagfeier, das Staatsbahnsystem und die Lage  
der Landwirtschaft betreffend, wurden von Kaiser zurückgewiesen.

Soweit über die Thätigkeit unserer Abgeordneten.

Was die sonstigen Debatten anbetrifft, so ist als charakteristisches  
Faktum aus derselben die von Bollmar konstatierte „Vielfachigkeit“  
der Zentrumsredner hervorzuheben. Man kann auch sagen, Dies arbi-  
träre. Nachdem die Herren in allen möglichen Farben geschillert, tragen sie  
jetzt ein Schwarzweiß zur Schau, das nichts zu wünschen übrig läßt.  
Beim Militär-Etat spielen die sterilen Junker Schorlemer-Weiß  
und Ballestrin den Fortschrittler gegenüber die Rolle der frei-  
willigen Regierungskommissare mit ebensolcher Eifer als Unverschämtheit.  
Man mag über die Engherzigkeit Staatsreden sonst denken, wie  
man will, jedenfalls muß es das Recht eines jeden Abgeordneten sein,  
überall, wo das Volksinteresse in Frage kommt, Kritik anzulegen; die  
Herren der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ angeben sich aber  
wie rasend, als Richter es wagte, verschiedene von den 7 s. h. Leuten längst  
gerügte Uebelstände zur Sprache zu bringen. Die Bevorgungung des  
Rechts im Offiziersstande, die Aufrechterhaltung der sehr kostspieligen und  
dabei geradezu zwecklosen Militärregimenter und des reinen Luxus-  
zwecken dienenden Berliner Garde Corps — wurden als Dinge hin-  
gestellt, über welche die Volksovertretung kein Recht habe, der Arme-  
verwaltung beizubringen. Die Traditionen in der Armee muß beibehalten  
werden — als ob nicht schon diese Kriege trotz oder gerade wegen  
der Erhaltung von solchen Traditionen verloren worden seien.

Nun, und kann es nur Recht sein, wenn diese Herren den reaktionären  
Pferdesuß immer deutlicher zu Tage treten lassen, die rheinisch-west-  
phälischen Arbeiter werden ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.  
Darüber in nächster Nummer mehr.

— Professorenervilität. Wohl Jeden, der die wissenschaft-  
liche Literatur früherer Jahrhunderte studirt, überkommt das gleiche Ge-  
fühl tiefsten Mitleids, wenn er sieht, wie ganz besonders im sieben-  
deutschen die erachteten Denker und Philosophen gezwungen waren,  
um die Gunst der Großen zu betteln, die Früchte jahrelanger Forschens  
irgend einem Fürsten vor die Füße zu legen, der sich in den Armen  
seiner Mätrissen über sie läßt, weil er sie nicht verstand. Tiefes  
Mitleid empfinden wir namentlich mit jenen Denkern, von denen wir  
wissen, wie schwer sie unter einer solchen Erniedrigung litten, wie sich  
ihre ganzes Innere dagegen empörte, wenn sie die Wissenschaft, die ihnen  
eine hehre Dignität war, in Ansprachen und Huldigungsakten, zur Dirne der  
Fürsten erniedrigen mußten. Ist es heute anders geworden? Freilich;  
ob aber besser, das ist eine andere Frage. Heute sehen wir die Leuchten  
der Wissenschaft vor den Fürsten nicht gezwungen, sondern freiwillig  
kriechen, getrieben nicht von der Sorge um ihre Existenz, sondern von  
der Hoffnung auf ein rothes Bündchen, auf ein gnädiges Lächeln. O,  
auch das könnte Mitleid erregen, aber dieses Gefühl wird zurückgedrängt  
durch den Ekel, der sich unserer bemächtigt, durch den Born, der uns  
erfaßt, wenn wir eine so hundejähliche Charakterlosigkeit sich breitmachen  
sehen.

Da hat neuerdings wieder einmal Herr Dubois-Reymond in  
Berlin das Bedürfnis gefühlt, zu zeigen, daß er nicht bloß das Zeug  
zu einem tüchtigen Physiologen hat, sondern auch zu einem ausgezeich-  
neten oder, was hier dasselbe sagt, niederträchtigen Lakaien.  
Auf einem Balle des „Bereins Deutscher Studenten“ — eine notorisch  
antisemitisch-seudale Verbindung — brachte vor einigen Tagen „Seine  
Magnifizenz“, Herr Dubois ist nämlich zur Zeit Rektor, wie das  
„Deutsche Tagebl.“ berichtet, einen Toast aus an die akademische Jugend,  
das „geistige Leibregiment der Hohenzollern“. „Seine  
Magnifizenz“ ließte unter dem Beifall der Festtheilnehmer an die Ueber-  
nahme seines ersten Rektorates an, die am Tage der Schlacht bei Weißen-  
burg 1870 stattfand. Er habe damals in seiner oft erwähnten Rede die  
Berliner Universität das geistige Leibregiment der Hohenzollern genannt.  
Das sei ihm zwar sehr verdächtig worden, aber er bleibe  
dabei und lehre in diesem Sinne sein Glas auf das Gedeihen  
der Universitas litterarum Berolinensis.“

So infam dieser Ausdruck an sich ist, so infam es namentlich war,  
ihn in dieser Gesellschaft von Strebern und bornirten Junkerhühnern zu thun,  
so kann doch die Charakterlosigkeit, die er verräth, ihrem ganzen Umfange  
nach nur von dem beurtheilt werden, der die Verhältnisse der Berliner  
Universität kennt. Es war nämlich gerade Herr Dubois-Reymond,  
der Jahre hindurch in Berlin vergeblich um Erweiterung der Universität,  
um den Bau eines physiologischen Laboratoriums gekämpft hatte, dem von  
hohenzoller'scher Seite damals erwidert wurde, man habe für die Er-  
weiterung weder Geld noch Platz. Das Geld wurde für das Militär  
verwendet, den Platz, der damals in Betracht kam, brauchte die kör-  
perliche Leibgarde der Hohenzollern, die zur Landesverteidigung ganz  
überlässige, sehr theure Garde du Corps für ihre — Ver-  
e. Erst als die Militärorden in's Land kamen, wurde nach vielem Unter-  
handeln der Bau des Laboratoriums durchgeführt. Wir wissen von einer,  
Herrn Dubois sehr nahe stehenden Persönlichkeit, daß der  
jetzige geistige Leibgarde der Hohenzollern damals gedroht und auch im  
engsten Kreis den Entschluß befaßt hatte, in's Ausland zu gehen.  
Dann wolle er aber „den Herren die Wahrheit sagen“. Nun, es kam  
anders, Herr Dubois ist in Preußen geblieben, hat eine prächtige  
Amtswohnung bezogen und sagt den „Herren“ unterthänigste — Artig-  
keiten.

Sein allergnädigster Herr aber ist noch der Alte geblieben und äußert  
sich, wenn man ihm von den geistigen Leibgardisten spricht, we-  
gerwend: „Sehr schön; aber meine strammen Jungs vom Garde-corps  
mit ihrem Helmbüchsen und Quasten sind mir doch lieber.“  
Uns auch!

— Ich' mir nichts, ich' thue Dir auch nichts — so rufen  
sich auf der Straße Jungen zu, wenn sie zu feige sind, miteinander  
anzubinden, und „Du' mir nichts, ich' thue Dir auch nichts“, das ist der  
Sinn eines Schreibbriefes des alten Wilhelm an den Papst Leo, der in  
diesen Tagen zur Erbauung des deutschen Volkes von der „Norddeutschen  
Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht wurde. Aber die Zeit, da das Volk,  
entgegen der Sozialdemokratie, noch an den Kulturkampf glaubte,  
ist vorüber, man weiß jetzt, daß es sich nur um Herrschaftszwecke handelt,  
und daß man heute bereits einigt ist, die Herrschaft über das Volk  
friedlich zu theilen — darum konnte der Brief im glücklichsten Falle  
ein wüthendes Achselzucken erregen. Müssen Journalisten und Hoch-  
politiker aus des altersschwachen Wilhelm Kraft- und fastlosem Brief  
herauslesen, was sie wollen, beim Volke heißt es: Der alte  
Schwindel zieht nicht mehr.

— Die Eidesfrage macht in neuester Zeit wieder von sich reden.  
Der antisemitisch-reaktionäre Pfaffe Hayke hatte vor einem jüdischen  
Richter den Eid nicht ablegen wollen, weil sein „Gewissen“ ihm gebiete,  
nur vor einem Christen Gott anzurufen. Die Liberalen sind darüber sehr  
erboht, aber die Logik ist unfehlbar auf Seiten des christlich-  
deutschen, ganz gleichgültig, ob dieser — woran in der That gar kein  
Zweifel möglich — mit seiner Weigerung nur einen Angriff auf die  
Gleichberechtigung der Juden bezwecke. Entweder ist der Eid ein reli-  
giöser Akt, und dann muß ein wirklich gläubiger Christ allerdings nicht  
freiwillig den Eid ablehnen, wenn er vor einem jüdischen oder gar  
freidenkerischen Richter seinen Christengott anrufen soll und voo  
vorsa, oder aber der Eid ist ein bürgerlicher Akt, und wozu dann die  
Phrasen: „so wahr mir Gott helfe“? Den Kundigen verhindert sie doch  
nicht, eventuell einen Meineid zu leisten, und dem Unwissenden kann man  
die Bedeutung des Eides besser klar machen als durch eine so nichts-  
sagende Redensart.

Die konservativen Ultras haben mit Rücksicht auf den Fall Hayke  
einen Antrag eingebracht, daß Christen, Juden u. c. auf Verlangen den  
Eid vor einem Geistlichen ihrer Konfession sollen ablegen dürfen. Das  
klingt sehr tolerant, ist in Wahrheit aber, weil praktisch nicht durchfüh-  
bar, auch nur eine Finte; man will den Richtern womöglich ein ortho-  
dox-christliches Glaubensbekenntnis auferlegen. Das werden die Herren  
also nicht durchsetzen. Aber sie haben den Stein in's Rollen gebracht,  
und deshalb werden, wenn Andere es nicht thun, hoffentlich unsere Ab-  
geordneten die Gelegenheit beim Schopfe packen und Abschaffung  
des religiösen Eides beantragen. Die Chancen sind nicht un-  
günstig, und es wäre ein famoseres Witz, wenn die frommen Herren auf  
diese Art wider ihren Willen Veranlassung gegeben hätten zur weiteren  
„Entchristlichung des Staates“.

— Prinzliche Passionen. In dem christlich-germanischen  
Königstreuem „Deutschen Tageblatt“ finden wir folgende Notiz:

„Die Sammler sind eine ganz eigenthümliche Spezies von  
Menschen und jeder von ihnen geht beim Sammeln seine besonderen  
Wege. Einer eigenthümlichen Reizung folgt z. B. ein bekannter  
Prinz eines bekannten großen Fürstenthums. Er sammelt die Porträts aller jenen Damen,  
welche zu Fürst-  
lichkeiten seines Hauses in Beziehung (s) gestanden haben. Ihre  
Bilder schmückt in langer Reihe das Schlafzimmer des Prin-  
gesellen. Freilich den Menschen, den Prinzen, fehlten diese Er-  
scheinungen mit den tragischen Konflikten, die sich an ihre Spuren  
in der Geschichte hängen, wohl weniger als den dramatischen  
Dichter, welcher eine dieser Gestalten in seinen Dichtungen aus-  
sprechen läßt, was sie vor dem poetisch gestaltenden Bild rechtfertigt:

„Abhängig muß ich bleiben  
Von meiner Liebe, sie kann mich erretten,  
Den Himmel mir erschließen oder mich  
Auf ewig elend machen, mich zerstören!“

Die Moral, die Welt urtheilt hart über sie, der Dichter ent-  
schuldigend sie!“

In der That, ein echt dichterisches Verhängen, diese lange — muß in  
der That sehr lang sein — Gallerie der Opfer hohenzoller'scher  
Wollust. Denn nach der Schlussbemerkung kann gar kein Zweifel sein,  
daß es der Prinz Georg von Preußen ist, der diese „eigen-  
thümliche Reizung“ hat. Es ist übrigens sehr läßlich von ihm, daß er in  
seinen Poesien jene Frauen unschuldig, welche die Moral, die Welt  
verdammt, — verdienstvoller wäre es, die Männer anzuklagen,  
welchen „die Moral, die Welt“ Alles erlaubt.

Daß „den Prinzen als Menschen“ diese Erscheinungen weniger „fesseln“,  
glauben wir nach dem, was die Welt von Prinz Georg's sonstigen Passionen  
sagt, ohne jeden Rückhalt. Es ist das aber ein Thema, über welches man nicht  
geru spricht. Indes, Lakaien plaudern Ranthes aus, und so erfahren  
wir wieder auch einmal, daß irgend ein liebenswürdiger Prinz dessen  
Hausen Revanche genommen und zur Damen-gallerie des Prinzen Georg  
das Gegenstück angelegt hat. Würde auch recht lang werden und den  
Beweis liefern, daß, wenn ein Hohenzoller wirklich einmal kein Militär,  
er doch zum Mindesten ein großer — Soldatenfreund ist.

— Zum Thema: Beamtenkorruption erhalten wir aus  
Kaufbeuren folgende Zuschrift: Vor ca. 3 Jahren wurde zur  
Adaptirung der Kreisirrenanstalt Irsee von Kreisbauassessor Maxon  
und von Regierungsrath Schmalix in Augsburg ein Mensch Namens  
Beder, seines Zeichens Steinbauer, zuletzt verordneter (bankrotter)  
Bauspikalar, als Bauführer dort inkallirt, welcher es sich seit dieser  
Zeit über Alles angelegen sein ließ, die jetzigen, für die Arbeiter so un-  
günstigen Verhältnisse für sich auszunutzen. Nicht nur, daß er die  
Arbeiter mit wahren Hungerlöhnen abfertigte, es war auch u. A. die  
noble Einrichtung getroffen, daß der Sonntag am Ende der Woche nicht  
mehr ausbezahlt wurde, was viele austretende Arbeiter um diesen Tag-  
lohn brachte, da nicht jeder tagelang in Irsee bleiben und von Pontius  
zu Pilatus laufen konnte, um diese paar Ridel zu erhalten.

Auch sonst suchte dieser hochmüthige Mensch auf jede Weise zu zeigen,  
daß die Arbeiter seine Untergebenen seien und sich nicht mühen dürfen.  
So mußten dieselben beispielsweise am Samstag stundenlang unter dem  
Portale stehen und auf die paar Mark warten, ehe sie den Heimweg, der  
bei vielen über eine Stunde lang ist, antreten konnten.

Für die Zeit der Adaptirung wurde in der Anstalt provisorisch eine  
Schreinerwerkstätte etabliert, in welcher noch 4-5 Schreiner arbeiten.  
In dieser Werkstätte ließ nun besagter Beder für sich nach und nach  
heimlicher Weise eine ganze Hausanrichtung anfertigen, und wurden die  
selbstergehaltene in Arbeit befindlichen Begehälter, sobald Besuch des Ver-  
walters oder Direktors von Kaufbeuren aus zu erwarten stand, sorgfältig  
versteckt, da von letzteren solche Be-  
schaffungen nicht genehmigt würden.  
Auch die beiden Männer Beder's, Schmalix und Maxon, gingen  
natürlich nicht leer aus, und manches schöne Stück aus dieser Werkstätte  
wanderte nach Augsburg. Diese Herren haben sich dann auch diesem  
brauchbaren Menschen erweislich gezeigt, indem sie es bei den Herren  
„Landräthen“ (nachdem jetzt ein Bauführer überflüssig ist und Beder sonst  
nirgends untergebracht werden konnte) durchsetzten, daß derselbe als  
künstl. Rad am Wagen für die Anstalt als ständiger „Techniker“ ange-  
stellt werden durfte, jedenfalls mit sehr gutem Gehalt.

Der Rechnungsführer der Anstalt Irsee, Schrödel, hält ein Küchen-  
mädchen auf der Straße an, durchsucht dessen Taschen, und als er ein  
Währchen findet, das es sich am Munde abgspirt hatte, um es seiner  
Mutter zu bringen, veranlaßt er dessen Entlassung; von diesen Sachen  
aber, die täglich um ihn herum vorgehen, sieht der Herr nichts. —  
Ja Bauer, das ist ganz was Anderes: man darf den Teufel nicht bei  
seiner Großmutter verklagen!

Wir übergeben diese Sachen hiermit der Oeffentlichkeit, damit das  
Volk sieht, daß wir noch die Sozialisten den Wuth haben, solche Dinge  
an's Licht zu bringen. Warum wir das nicht in der hiesigen Tagespresse  
gethan haben, hat seinen Grund darin, daß den hiesigen Blättern über  
der Bier nach Verdienst jede Opposition gegen Leute, bei welchen etwas  
herauszukaufen ist, zuwider ist. Wenn es sich um einen armen Teufel handelt,  
weshalb bei den jetzigen gesellschaftlichen Zuständen herunterkommen  
mußte, den würde besonders der Tagblätler schön prügeln. Bei „Deunen“  
hat es keine Gefahr, die abonnieren doch nicht nach geben auch sonst nichts  
zu verdienen.

Kommentar überflüssig.

Mehrere Arbeiter.

— Zur kapitalistischen Entwicklung. Aus Sachen  
berichtet man dem „Norddeutschen Wochenblatt“: Die Handelskammer in  
Pflaumen ist jetzt selbst in der Lage, erklären zu müssen, daß die Hand-  
werker seit den letzten Jahren fast ganz auf den Aussterbe-Etat gesetzt  
worden sind. Man hatte nämlich bis in die neue Zeit hinein behauptet,  
daß die Handweberei in bestimmten Zweigen noch Aussicht auf Erfolg  
habe, so die Mullweberei, weil der seine Mull nur auf Webstühlen her-  
gestellt werden könne. Nun aber verwendet man eben diesen Mull nicht  
mehr, sondern lediglich den Maschinenmull, der viel billiger ist.

In der Zwickauer Gegend ist allerdings noch eine große Anzahl  
von Handwebern auf baumwollene Stoffe beschäftigt, doch ist der Lohn  
seit einigen Jahren um 10-15 Prozent gesunken, so daß auch dort die  
Handweberei bald schon verschwinden werden. Die Maschine hat also die  
Handarbeit verdrängt, ohne — und das allein ist zu beklagen — den  
Maschinenarbeitern eine leidliche Stellung zu verschaffen. Der Beweis  
ist hier aber wiederum gegeben, daß der Handwerker, der selbst-  
ständige Arbeiter immer da an der Konkurrenzunfähigkeit zu Grunde  
geht, wo die Großproduktion sich irgend einer Branche bemäch-  
tigt. Deshalb ist alles Zwangsweisen, aller Innungszwang — abgesehen  
von ein paar Kunsthandwerkern — eitel Humbug und kann den Hand-  
werkerstand nicht erretten. Ueberhaupt wird es nicht lange mehr dauern,  
daß man von einer Handwerkerfrage nicht mehr spricht, da dieselbe nach  
und nach in der Arbeiterfrage aufgeht.

— Recht und Gerechtigkeit in Preußen. Aus Han-  
nover wird uns unterm 26. Januar geschrieben: „Ich will Ihnen heute  
einen kurzen Bericht über einen Prozeß geben, welcher zwar nicht unsere  
Partei betrifft, aber unsere ständischen Zustände so grell beleuchtet,  
daß er im Parteiergutz, welches ja die Sühnung des verletzten Rechtes  
und die Beilegung der Frevler am Recht zur Aufgabe hat, erwähnt wer-  
den muß.“

In vorigen September verurtheilte das hiesige Landgericht den  
Wesler Meisen, Chefredakteur der hier erscheinenden „Deutschen Volks-  
zeitung“, wegen eines Artikels, der angeblich eine Majestätsbeleidigung  
enthalten sollte, zu zwei Jahren Gefängnis! Das Neue an  
diesem Prozeß war, daß der Präsident des Gerichtshofes, Land-  
gerichtsdirektor Haake aus Osnabrück, bei Eintritt in die Verhandlung  
die Anklage erde hielt, so daß der Staatsanwalt — der sattsam be-  
kannte Jesenbiel — sich einfach auf die Rede des Gerichtspräsidenten  
bezog; und daß der Gerichtshof in seinem Lokalitätsfanatismus über  
den Antrag des Staatsanwalts hinausging, der sich bloß zu 1 1/2  
Jahren verhängen hatte. Meisen hat nicht appellirt, weil er keine Lust  
hatte, seine Haft noch um ein halbes Jahr zu verlängern. Denn  
die Zeit bis zum Entscheid des Reichsgerichts wäre ihm nicht angerechnet  
worden, und bis jetzt ist es noch nicht vorgekommen, daß das Reichs-  
gericht ein vom hiesigen Landgerichte in einem politischen Prozesse  
gestelltes Urtheil aufgehoben hätte. Ein Krähle hakt der anderen die  
Augen nicht aus, und wer gegen den Teufel bei dessen Großmutter Hilfe  
sucht, ist sprichwörtlich verloren.

Nun muß ich aber auch das corpus delicti vorlegen, damit Jeder für  
sich urtheilen kann. Die inkriminierte Stelle lautet: „Betrachtungen an  
Königs Geburtstag“, ist zuerst im Stuttgarter „Beobachter“ erschienen,  
behandelt die preussische Annerionspolitik und schließt mit folgenden  
Worten, welche zu der Anklage und Verurtheilung Veranlassung gegeben  
haben:

„Wenn unter dem Druck des jetzt herrschenden Einschüchterungssystems  
Niemand mehr zu reden wagt, mögen Fahnen und andere Zeichen es  
sein, mit denen man gegen Abfall, gegen Fälschung des Volksglaubens pro-  
testirt. Deutschland über Alles! rufen auch wir: aber  
Deutschland unter dem Banner deutscher Treue und  
Freiheit, und nicht unter dem Banner schwarz-  
weißen Bureaokratismus und Militarismus.“

Durch die gesperrten Schlüsselwörter soll, wie der Gerichtspräsident  
in seiner Anklagerede erklärte und der Gerichtshof annahm, indirekt  
ausgesprochen worden sein, daß der deutsche Kaiser, oder König  
von Preußen, welcher nach dem Verfasser des Artikels den „schwarz-  
weißen Bureaokratismus“, das Gegentheil von „deutscher Treue“  
vertrete, d. h. wortbrüchig, heimtückisch, verrätherisch  
u. s. w. sei.

Wäre dieses juristische Taschenspielerstückchen der „indirekten“ oder  
„kontrafaktischen“ Majestätsbeleidigung nicht schon Duzende und Duzende



von Nalen durch servile Richter verübt worden, so könnte man wirklich glauben, die Hannoverschen Landrichter seien wenigstens geschickte Leute.

— Gegen die Arbeitsbücher haben wieder eine ganze Anzahl Versammlungen stattgefunden, über welche uns zum Theil ausführliche Berichte vorliegen, so aus Köln, Erfurt, Reudsburg, Hamburg etc. Raum mangels halber müssen wir uns hier heute darauf beschränken, zu konstatieren, daß überall die Reden unserer Genossen mit größter Begeisterung aufgenommen und energische Resolutionen gefaßt wurden, die von der entschlossenen Gesinnung der Arbeiter Kunde geben.

— Aus Berlin, 26. Januar, schreibt man uns: Den Parteigenossen im übrigen Deutschland und auswärts ist bekannt, daß gegen Ewald seit längerer Zeit bedeutendes Mißtrauen herrscht. Von der Rolle, welche derselbe in der hiesigen Gewerkschaftsbewegung spielte, soll hier nicht geredet werden: genug, er entwickelte unfeigbar eine große Geschäftlichkeit und wußte unter sehr schwierigen Verhältnissen so zu operieren, daß der Verdacht gegen ihn zwar Nahrung, aber keine feste Grundlage erlangen konnte. Als Herr Ewald nun Ende des vorigen Jahres mit seinem Zeitungsprojekte kam, wurde der Verdacht mächtig gehärtet. Die Genossen sagten sich: In einem täglichen Blatte gekündet Mittel, welche die Arbeiter jetzt nicht anzubringen vermögen; außerdem ist das Blatt auf Gnade und Ungnade der Polizei preisgegeben, die es bei dem ersten freien Wort unterdrückt; Ewald muß also über Mittel gebieten, die nicht aus Arbeiterkreisen stammen, und lebensfalls der Duldung der Polizei sicher sein. Gegen dieses Raisonnement war wenig einzuwenden; Dauf der Schlanheit Ewald's und gewissen Umständen, die nicht erwähnt zu werden brauchen, kam es nicht sofort zum Bruch. Die Angelegenheit wurde aber auf's Genaueste geprüft und das Material für und wider sorgsam gesammelt, auch Ewald in die Lage versetzt, sich verteidigen zu können. Das Ergebnis ist, daß die Partei mit Ewald jede Verbindung gedrohen hat und jede Solidarität mit ihm abzulehnen muß. Konnte auch nicht der positive Beweis erbracht werden, daß Ewald im Solde der Herren Radai und Böcker stehe, so ist doch soviel unumstößlich festgestellt, daß er den Parteigenossen gegenüber verlogen, unehrenhaft gehandelt und die Partei zu Mißbräuchen versucht hat. Hierüber kann kein Zweifel obwalten. Das Belastungsmaterial ist erdrückend. Ob Ewald direkt von Radai, Böcker und Kompagnie bezahlt ist — das, wie gesagt, kann nicht entschieden werden; wohl aber haben wir positive Beweise dafür, daß die Radai, Böcker u. Cie. ihn als ihr Werkzeug betrachten. Es ist ja möglich, daß Ewald die politisch-propagandistische Protection nur benutzen wollte, um sich in Berlin zu behaupten, und daß er auf eigene Rechnung — er ist sehr eifrig — mit der „Reaktion“ u. d. der Sozialdemokratie spielen wollte, indeß, das ändert an der Sache nichts, und auch in diesem, dem für ihn günstigsten Falle wäre das Vergehen Ewald's nicht zu rechtfertigen.

Dies wurde von den Genossen erwogen und die Entscheidung einstimmig getroffen.

Erwähnt soll bios noch werden, daß die Angriffe der fortschrittlichen Presse auf Ewald das Urtheil in keiner Weise beeinflusst haben.

(Im Moment, wo ich schreibe, erfahre ich, daß Herr Ewald sein Blatt hat eingehen lassen — da er von den Sozialdemokraten „erkannt“ war, hatten seine Herren Ökonomie kein Interesse mehr daran, Weid in das Blatt zu stecken.)

**Warnung.** Wie man uns mittheilt, wird in Nord- und Mittel-Deutschland im Auftrage Bremer und Hamburger Häuser stark zur Auswanderung nach den Sandwiche-Inseln angeworben, und zwar meist auf festen Kontrakt hin. Wir warnen hiermit alle Arbeiter dringend, auf die Vorspiegelungen solcher Agenten nicht hineinzufallen. Wägen sie sich namentlich nicht durch scheinbar hohe Löhne verleiten lassen; der Geldwerth, bezw. die Kaufkraft des Geldes ist durchaus von der in Deutschland verschiedene, und wenn gewisse Nahrungsmittel auch verhältnismäßig billiger sind als bei uns, so sind dagegen sehr viele andere, für jeden Europäer im dortigen Klima unentbehrliche Gegenstände ganz unverhältnismäßig theurer. Zudem sind die Verhältnisse meist herab, daß der Einwanderer, auch wenn in seinem Kontrakt nichts davon vermerkt ist, sofort nach seiner Ankunft in ein Schuldenverhältnis zu den Großhandelsfirmen geräth, das ihn in unbedingte Abhängigkeit von diesen bringt. Um frei zu werden, raddert er sich ab und erliegt um so eher dem ungewohnten Klima.

Die Anwerbung wird deshalb mit so großem Eifer betrieben, weil die chinesischen Arbeiter, die bisher dort importirt wurden, nicht mehr mitmachen wollen. Was die Chinesen sich nicht gefallen lassen, dazu hält man die deutschen Arbeiter für gut genug.

Also Vorsicht, Vorsicht und noch einmal Vorsicht!

— Ungarn. Am 6. Februar verläßt nach zweijähriger Haft unser Genosse Leo Frankel das Gefängniß Waizen. Er war im „Land der Freisheit“ von Geschworenen wegen Abdrucks eines für Deutschland bestimmten sozialrevolutionären Flugblattes zu der unerhörten Strafe von anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt worden, zu der noch mehrere Monate Haft an Stelle einer Geldstrafe kamen.

Unsere Bundesgenossen wollten Frankel ein demonstratives Empfangsgelb bereiten, derselbe hat aber alle Ovationen auf das Entschiedenste abgelehnt.

Ein herzliches Willkommen dem bewährten Kämpfer für die Sache des arbeitenden Volkes!

— Frankreich. Das schmachvolle Lyoner Urtheil hat in den Arbeiterkreisen kolossale Erbitterung erregt. Tag für Tag bringen die sozialistischen Blätter weitere Protestresolutionen gegen das Urtheil und Solidaritäts- und Sympathieerklärungen mit den Verurtheilten. In dieser Beziehung gibt es keine Fraktionen- und Sekten-differenzen. Einen Gradmesser für den Ernst dieser Sympathieadressen geben die Sammlungen zu Gunsten der Verurtheilten und deren Familien ab, welche im Verhältniß zu früheren Sammlungen zu ähnlichen Zwecken ganz außerordentlich günstige Resultate ergeben.

Die Verfolgungen gegen die Sozialisten dauern übrigens fort. In Montyon wird demnach der Prozeß gegen unsere Genossen Quéro, Lafargue und Bazin wegen „erfolglos geliebener Anreizung zu Raub, Plünderung und Gewaltthätigkeiten“ beginnen; in Lille ist unser Bruderorgan, der „Vorpost“, der noch jüngst wegen Fabrikantenbeleidigung zu Gefängniß und Geldstrafe verurtheilt worden war, wegen des gleichen „Verbrechens“ zu 100 Franken Geldbuße und 600 Franken Entschädigung verurtheilt worden.

Zu demselben Blatt finden wir eine Erklärung der Gewerkschaft der Baumwollenspinner von Lille, worin diese mehreren englischen und belgischen Gewerkschaften und Fachvereinen Dank für Unterstützung während des letzten Streiks sagt. Die Internationale Arbeiter-Assoziation lebt trotz alledem und alledem!

Der „Proletaire“ bringt eine Schilderung der Lage der streikenden Porzellanarbeiter von Limoges. Die Löhne belaufen sich auf durchschnittlich 2 Fr. 50 Cts. bis 2 Fr. 75 Cts. pro Tag. Und dabei sind die sehr häufigen Störungen und Ausfälle nicht berücksichtigt! Die Streikenden finden allgemeine Sympathie, und wenn es auch eine Bourgeoisente ist, daß die englischen Erdben-Unionen ihnen 150,000 Fr. Unterstützung bewilligt hätten, so sind ihnen doch schon namhafte Unterstützungen aus England zugeflossen.

In der Provinz, bezw. Präventivfrage ist noch nichts entschieden. Doch dürfte den Herren wenig Leids zugesügt werden, Dank den Intriguen ihrer guten Freunde und dem Doktrinismus gewisser „Radikaler“.

## Korrespondenzen.

— Aus dem sächsischen Erzgebirge. Die Parteiverhältnisse sind hier noch die alten, aber die Industrieverhältnisse sind so ganz und gar traurig, daß mehrere Genossen der genugsamen Anregung unserer Organe entsagen müssen. Wenn jemals ein Agitator unsere Gebirgsgegend bereisen würde, resp. in alle Hütten schauen könnte, so würde er sagen, daß er es sich so traurig, so armselig, so jämmerlich elend doch nicht vorgestellt hätte.

Hierorts wird meistens das Spinnklopplern und die Nähgorlarbeit betrieben; und diese Arbeiten, die früher erdfreudig von Frauen und Mädchen verrichtet wurden, werden jetzt auch von Männern verrichtet. Die schon gefertigten Spitzen von Seide u. dgl., in welche sich die Bourgeoisgesellschaft häßt, haben einen so geringen Arbeitervertrau, will sagen Arbeitslohn, daß die Verfertiger kaum die geringen von Wolle tragen können. Eine tüchtige Arbeiterin kann es gegenwärtig nur auf drei, vier oder im ganz hohen Fall auf fünf Mark pro Woche bringen, aber wohlgeachtet, eine Arbeiterin, die nichts Anderes betreibt und vom frühen Morgen bis Abends 10, 11 und auch 12 Uhr an der Arbeit sitzt.

Während so in Folge dieser Ueberanstrengung der Körper gebrochen wird, leidet der Arbeiter Hunger, und von Zeit zu Zeit tragt man Leute zu Grabe, von denen es einfach heißt: „Augenschwindsuchts-Typhus- und Auszehrungsleiden“.

Der Druck, den die heutige Bourgeoisie (hier die großbürgerliche Spitzenhandlungsstelle) ausübt, trifft aber auch die Zwischenhändler, die untern Arien und Prinzipien fernleben. Diese müssen sich von dieser Bande ebenso behandeln lassen wie die meisten Arbeiter.

Eine andere Kategorie von Arbeitern sind die Diensthoten. Der Diensthote ist ein förmliches Kosthüter. Von früh Morgens bis spät in die Nacht hinein, vom Montag bis Sonntag ohne Ruh- und Rast, muß unter dem Noth der schwersten Arbeit bei einem Hundelohn von 3—4 Mark und einfacher Kost ein Knecht sein Leben unter den bittersten Verhältnissen fristen. Warum aber, wird Mancher fragen, solche schreckliche Löhne? Liegt es am Bauer? Daraufhin ist zu antworten: Nein! Der Bauer selbst muß ein eingezogenes und einfaches Leben führen, er muß allen Genüssen des Lebens entlagen, er darf die Natur, die schöne Erde etc. nicht kennen lernen, dafür sorgt in raffinierter Weise unser herrliches Staatsstufen mit seinen Steuerlasten.

Es ist geradezu unglücklich, daß das Volk sich noch so treten und knechten läßt, und es wird endlich Zeit, daß wir uns erheben für unsere Sache, damit dem Treiben der Volksbetrüger und Räufgänger ein schmerzliches Ende bereitet werde.

„Tobte, rote, wilder Sturm!  
Leb'ee Flamme, die mich brennt!  
Woh? Ist dem getret'nen Sturm  
Kuch das Krümmen nicht vergönnt?“

Toben und rasen wird ein der Sturm, wenn das arbeitende, das geblühte und getreutete Volk unter die Fahne der Befreiung sich scharen wird; dann möge gerecht und sattem über das heutige Unrecht geurtheilt und es für die Zukunft ungeschicklich gemacht werden. Wägen die Genossen auswärts agieren, daß unsere Ideen recht bald zur Bewirkung gelangen und es Allen verradant ist, menschenwürdig zu leben. Streben wir daher auch in diesem neuen Jahr wieder darnach, unseren Sieg einige Schritte näher zu rücken! Allen Genossen ein frohes und thatkräftiges Neujahr!

Bei der am 27. Dezember stattgefundenen Gemeinderathswahl brachten unsere prinzipiellen Genossen in Königswalde den Genossen Gustav Mann siegreich in und aus der Wahlurne. Glückauf! Glückauf!

B. G. A.

— **Löbtau-Dresden.** Die versch-igten Sozialdemokraten! Schon wieder hat eine der „unverwundlichen Reden“ im Gemeinderathe „Springen“ müssen, und zwar auf Antrag der sozialistischen Gemeinderathmitglieder, denen es gelungen ist, den Verfallenen derselben auf die Spur zu kommen. Der Berichterstatter, er hatte die Armenunterstützungen auszuwählen, hat aber mehr gerechnet, als er ausgerechnet hat. Armes Löbtau, es ist wahrlich kein Wunder, wenn Dir die Schulden über den Kopf wachsen und Deine Einwohner nicht mehr wissen, wie sie die Steuern anbringen sollen! Denn Deine Verwaltung ist in der That tückisch. Wenn jetzt Dank dem energischen Eingreifen der Gemeinderathes im Laufe eines Jahres bereits drei Beamte wegen Untreue suspendirt werden mußten, wie mag es erst damals herangehen sein, als die ganze Leitung der Geschäfte noch in den Händen einer freundschaftlichen Clique sich befand! Gablen und Thatsachen sprechen: so hat sich jetzt herausgestellt, daß der frühere Gemeinderath 17,000 Mark Schulden zu Bauzwecken verwendet hat, die aber durch Steuerschulden seines Nachfolgers wieder ausgetilgt wurden, infoweit nämlich Pöbge vorhanden sind, er muß aber trotzdem noch etliche Tausende Mark herausbekommen. Ferner hat der Baumeister Pöbke beim Schulbau 1000 Mark zwiefel bekommen, die er natürlich zurückzahlen muß. Auch der Ortsrichter Leichner hat einige Posten, wenn auch kleinerer Beträge, zu „berappen“, während der Vorgänger Reil's auch ehemalige Baumeister Knöfel auch noch 100 Mark zu „berichtigen“ hat. Letzterer Herr meinte gar in naher Weise, diese paar Mark könne ihm die Gemeinde schenken. Selbstverständlich! Die direkten und indirekten Diebstähle, die seit 15 Jahren am Gemeindefiskus angeläutert worden sind, soll die Gemeindevorwaltung auch noch belohnen. Der verkorbene ehemalige Schulvorstand Pöbge hat Schulgelder um Ankauf von Zigarren verwendet, so daß nach dessen Tod seine Frau die Beträge ratenweise abzahlen mußte. Und alle diese Herren waren und sind „Ordnungsmänner“. Und daß die Sozialdemokraten den Stein des Anstoßes in's Rollen gebracht, der nunmehr Alles mit sich fortzieht, was mit ihm in Verbindung steht, diesen Erfolg spricht ihnen heute Niemand mehr ab. Und dies ist gut so!

Ein Unverbesserlicher.

— **Gaggenau (Baden).** Am 9. Dezember 1882 wurde der darmlose Ort Gaggenau durch Hunsjuchungen nach sozialistischen Schriften in große Aufregung versetzt. Die Verhaftung hierzu war folgende:

Ein in Karlsruhe unter Kernhand aufgegebenes, an Hermann Lutz aus Sulz, Blauschmiedler dahier, adressirtes Paket, Handschriften mit der Ueberschrift: „Noch ein Wort zur Klärung“, enthaltend, wurde in Karlsruhe beschlagnahmt, und es erschienen daher am 9. Dezember 1882 ein Polizeikommissär und ein Kriminalbeamter mit zwei Schutzhuten von dort, zwei Gendarmen und zwei Ortsangehörigen von hier, — also ein Aufgebot von acht Mann — welche das Ausgangsthor der Fabrik, sowie die Wohnung des Lutz bewachten.

Bei Lutz wurden einige alte Nummern des „Sozialdemokrat“ gefunden. Die Hausdurchsuchung bei zwei andern Arbeitern war resultatlos. Laut angestellten Postbedienten wurde Lutz nach Karlsruhe abgeführt, einigemal verhört und nach fünf Tagen auf ausdrückliches Verlangen wieder auf freien Fuß gesetzt. Raum hier angekommen, wurde Lutz mit einer zweiten Hausdurchsuchung bedacht, jedoch ohne gewünschten Resultat.

Ein mit Lutz in Freundschaft lebender Arbeiter, Karl Kopp, Eisenbrecher, gebürtig im Oberamt Pflanzheim (Württemberg), welcher aus verschiedenen sehr nobel liegenden Gründen als der Demittation sehr verdächtig erschien, wurde sofort von seinem Nebenarbeiter zur Werkstatz hiano, die Stiege hinunter geworfen und fand es für gut, Gaggenau sofort zu verlassen.

Wie ich soeben erfahre, ereilte ihn das gleiche Schicksal in Karlsruhe, wo Kopp hernach in Arbeit fand.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch bemerken, daß auch hier eine Verammlung wegen Stellungnahme zur Einführung der Arbeitsbücher stattfand, und eine Petition gegen Annahme dieser Arbeitsbücher, mit weit über 200 Unterschriften, bedekt, an den Reichstag gesendet wurde.

— **Winterthur.** Der Deutsche Arbeiterbildungsverein hat in seiner Generalversammlung vom 6. Januar beschlossen:

„Von Neujahr ab ferner der Deutsche Arb.-Verein pro Monat und Ritualbuch 10 Cts. zum Allgem. Unterstützungs-fond, ferner gibt derselbe Fr. 10.— als Weihnachtsgeschenk zum Unterstützungs-fond, welche sofort eingeliefert wurden. — (Pravo! Es lebe die Organisation! Die Reb.)

## Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Organisation in der Schweiz und dem übrigen Ausland.  
Beim Landesauschuß sind zum Unterstützungs-fond folgende Beiträge eingegangen:  
Deutscher Verein Frauenfeld Fr. 10.— Mitgliedschaft Baden Fr. 2.— Mitgliedschaft Chaurdefonds Fr. 3.85.  
Zusammen: Fr. 15. 85.

## Warnung

Unterzeichneter Verein warnt hiermit nachdrücklich vor dem Buchbinder

Ferdinand Hübschmann,

angeblich aus Dresden, thatsächlich aus Ramenz.  
Derselbe hat hiesige Vereins- und Parteigenossen mittels lägenhafter Vorspiegelungen empfindlich gepreßt und ist spurlos verduftet.

Hübschmann ist 25—30 Jahre alt, von mittlerer Größe, schlau, hat einen dünnen Hals, schielt, trägt eine Brille und ist von sehr einnehmenden Manieren.

Wir machen alle Brudervereine und Parteigenossen hiermit auf diesen Schwindler aufmerksam, und bitten, falls ihnen über Hübschmann's Aufenthalt etwas bekannt wird, um allfälligen Bescheid.

Deutscher Arbeiterbildungsverein  
Winterthur.

— Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden jetzt mit Einladungen zu Volksversammlungen förmlich überhämmert. Nach Möglichkeit wird den Einladungen Folge geleistet, allein mitunter läßt es sich beim besten Willen nicht machen, entweder weil die Versammlungen zu früh anberaumt sind, oder weil keiner der Abgeordneten zur anberaumten Zeit frei ist. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß die Parteigenossen sich rechtzeitig mit den Abgeordneten in Verbindung setzen und erst nach Uebereinkunft mit ihnen die Versammlungen anberaumen, oder doch wenigstens dafür sorgen, daß die Abgeordneten acht Tage vor dem festgesetzten Tag Nachricht erhalten.

## Briefkasten

der Expedition: R. B. Abg.: M. 4.80 Ab. 1. Cu. erh. Einverhanden. — Der alte Rothe: M. 7.40 pr. Uds. dts. erh. siehe Spezialtitel. — Rother Kam: Fr. 19.50 à Cto. Ab. 1. Cu. Schft. u. p. Uds. dts. erh. Kuffelst. stimmt so nicht. Bitten Genaueres senden. — P. G. Koprbogen: Fr. 3.90 Nov., Dg. u. Jan. P. B. erh. Fr. — 90 u. Hs. Rückhand. — P. Gen. Schäft: Fr. 10.— pr. Uds. dts. erh. — Feig: M. 54.— Ab. 4. Cu. d. St. erh. — Rüg.: M. 35.90 Ab. 3. u. 4. Cu. erh. — Gottlieb: M. 8.60 Ab. 1. u. 2. Cu. pr. dir. Bf. erh. — P. G. Neullingen: M. 9.— pr. Uds. dts. erh. — Karl Wormser: M. 64.— pr. Schft. (u. 3. Cu.) erh. — P. G. Stuttgart: M. 100.— pr. Anthl. Cto. dts. erh. Weitere folgen. — G. D. Dyon: Fr. 2.50 Ab. 1. Cu. erh. — O. B. Dyon: Fr. 5.— Ab. 1 u. 2. Cu. erh., Fr. 1.25 d. Hgds. dts. jagew. Fr. — 75 f. Annonce. Bf. enthielt nur 28 Mark à 25 Cts., also Fr. 7.— und nicht Fr. 9.— wie Sie angeben. — C. P. St. Gallen: Fr. 4.— Ab. 4. Cu. 82 und 1. Cu. 83, sowie Fr. — 25 Cts. à Cto. Schft. erh. — Kammeltiere: Fr. 10.75 pr. 1. Cu. 83 für 2 dir. durch 2 St. G. erh. — Mimis Lieber: M. 3.20 pr. Uds. dts. erh. Gewünschtes demnachst. — B. L. sc.: M. 150.— à Cto. Ab. erh. — E. F. i. P.: M. 4.— Ab. 1. Cu. u. Schft. erh. Im Weiteren nach Wunsch. — Roderich: M. 5.— pr. 1. Cu., Schft., sowie Erpreßendg. verwendet. — Marturnus Bf. in B.: Bf. v. 28/1. erh. u. Abdr. nach Wunsch geordnet. — Ferd.: Bf. v. 29/1. eingetroffen. — W. Wägel: Fr. 1.60 für Schft. erh. — W. D. Lanfanne: Fr. 26.— Ab. 1. Cu. u. Hgds. erh. Sog. mit 5 abgen. — Rosa Bed.: M. 100.— à Cto. erh. Bf. angenehm. — Agf.: Bf. v. 29/1. erh. liegt an der Zwischhand. — E. J.: Bf. erh. Wird Alles besorgt werden. — P. B. C.: M. 3.— Ab. 1. Cu. erh. Weitere Mittheilg. erwartet. — R. B. Bayern: Fr. 2.— Ab. 1. Cu. erh. — B. Pöge: Fr. 3.— Febr. u. März erh. Weiteres siehe Fondsquittung. — M. + J.: M. 119.20 à Cto. eingetr. Bf. erwartet. — J. O. Paris: Fr. 1.— pr. Jan. erh. — G. U. U.: M. 47.30 Ab. bis Ende 2. Cu. mit E. verrechnet. — W. St. Jg.: M. 2.— Ab. Febr. u. März erh. — Geradus Fr.: M. 140.30 à Cto. Ab. erh., ebenso mit M. 74.70 altes Conto beglichen. — P. Gen. Brüssel: Fr. 4.80 pr. Ende Nov. bis Jan. 83 erh. Gewünschtes abg. — Rothschwanz: M. 8.— à Cto. Schft. erh. J. R. war schon fort. — Berliner Jule: Fr. 4.10 Ab. 4. Cu. 82 und 1. Cu. 83 erh. Gruß!

Ich ersuche die Parteigenossen, keine Briefe oder sonstige Sendungen an meine Adresse zu schicken, bis ich meine neue Wohnung angebe.  
Glasgow, 26. Januar 1883.  
100) Ernst Köhler, 81 Mebe Str. II.

## Berthold Müller,

ist gebeten, seine Adresse seinem Lyoner Freunde recht bald einzufenden.  
[— 75 bez.]

## Zur Beachtung!

**New-York Arbeiter-Fortbildungsverein**  
Derselbe versammelt sich jeden Montag in Jean Gross's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street.  
1.00) (7) Der Vorstand.

## Verlag des „Sozialdemokrat“

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns sowie durch die Volksbuchhandlung in Döttingen zu beziehen:

## Programmroschüre

(Was die Sozialdemokraten sind u. was sie wollen).  
1 Bogen 8° broch.

Preis per Einzeleremplar: 10 Cts. für die Schweiz  
10 Pfg. „ Deutschland  
gegen Baarvoranzahlung unter Beilage des Porto.

Bei größeren Partien entsprechender Rabatt.

Ferner:

## Das Parteiprogramm.

(In Einzelabzug — neuerer Auflage.)

Preis per Exemplar: 1 Cent. für die Schweiz  
1 Pfg. „ Deutschland.

Das Porto ist der Baarvoranzahlung beizufügen.

Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in unterhaltenden und belehrenden Schriften.

Kataloge werden gratis versandt.